

**Bericht der Tagung**  
***"Wird der Wald für den Klimaschutz verheizt?"***  
***Die Ressource Wald im Spannungsfeld unterschiedlicher Interessen und die***  
***Vorschläge indigener Völker"***

Am **12. Juni 2015** fand im **LandesMuseum in Bonn** die vom **Institut für Ökologie Aktions-Ethnologie (INFOE)** in Kooperation mit dem **Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder** (kurz Klima-Bündnis) und der **Stadt Bonn** organisierte Tagung zum komplexen Thema des Waldschutzes in Zeiten des Klimawandels statt. Die Tagung wurde gefördert von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen sowie mit Mitteln von Misereor und der Europäischen Kommission finanziert.

Trotz des schönen Wetters und des schwierigen Themas hatten sich 40 Teilnehmende, darunter indigene Vertreter/innen aus verschiedenen Regionen der Welt, Fachleute im Wald- und Klimaschutz, Mitarbeiter/innen von NROs und Kommunen und Regierungsinstitutionen, Bürger/innen aus nahegelegenen Klima-Bündnis-Kommunen und andere Interessierte, im LandesMuseum in Bonn eingefunden, um gemeinsam Fragen und Herausforderungen im Waldklimaschutz, sowohl auf der lokal-nationalen als auch auf der globalen Ebene, aus unterschiedlichen Erfahrungen und Perspektiven heraus zu diskutieren.

Nach einer kurzen Begrüßung durch die Organisatoren, vertreten durch Sabine Schielmann vom INFOE, richtete die **Bürgermeisterin der Stadt Bonn, Frau Gabriele Klingmüller** einige Worte an die Tagungsteilnehmenden. Bonn ist u.a. der Sitz des internationalen Sekretariats der UN-Klimarahmenkonvention. Andererseits wurde der Begriff der Nachhaltigkeit im Zusammenhang mit dem Schutz des Waldes von einem deutschen Förster geschaffen. Aus diesen beiden Tatsachen leiten sich Verpflichtungen im Hinblick auf den Schutz des Klimas und des Waldes ab, nicht nur für die Stadt Bonn und ihrer Bürger/innen. Es ist der Stadt Bonn deshalb ein besonderes Anliegen sich für den Klima- und Waldschutz zu engagieren und hierbei mit Vertreter/innen indigener Völker gemeinsam nach Wegen zu suchen sowie indigene Völker mit ihren Rechten und Erfahrungen dabei gebührend zu respektieren. In diesem Sinne freute sich die Stadt Bonn über die Ausrichtung einer Tagung zu diesem Themenkomplex im LandesMuseum.

**Thomas Brose, der Geschäftsführer des Klima-Bündnis**, führte die Tagungsteilnehmenden in die Zusammenhänge zwischen dem Wald- und dem Klimaschutz und den Beitrag indigener Völker hierzu ein. Im Rahmen der in Bonn gerade zum Abschluss gekommenen Klimaverhandlungen wurde auch ein umstrittener Mechanismus zum Waldschutz (REDD+, was im Deutschen für ‚Verringerung von Emissionen aus Entwaldung und Waldschädigung sowie die Rolle des Waldschutzes, der nachhaltigen Waldbewirtschaftung und des Ausbaus des Kohlenstoffspeichers Wald in Entwicklungsländern‘

steht) diskutiert, denn der Schutz des Waldes trägt entscheidend zum Klimaschutz bei. Das Klima-Bündnis, als Partnerschaft zwischen europäischen Kommunen und indigenen Völkern der Regenwälder des Amazonasgebiets, gründet auf dieser Erkenntnis und arbeitet deshalb von der lokalen Ebene hier in Europa einerseits und dem Amazonasgebiet andererseits aus zum globalen Problem des Klimawandels. Die Partnerschaft mit den indigenen Völkern, die sich insbesondere in



Thomas Brose  
Foto: © 2015 by Klima-Bündnis

der Kooperation mit der COICA (dem Dachverband der indigenen Organisationen Amazoniens) manifestiert, basiert auf der Tatsache, dass in den Gebieten in Amazonien, die von indigenen Völkern bewohnt und verwaltet werden, der Wald noch erhalten ist. Im Gegensatz dazu belegen Studien und Karten, dass außerhalb indigener Territorien großmaßstäblich abgeholzt wurde und wird. Die Bedeutung indigener Territorien für den Wald- und damit den Klimaschutz liegt deshalb auf der Hand. Eine Alternative zu konventionellen Formen des Waldschutzes und Mechanismen wie REDD+ stellt beispielsweise das Indigene REDD Amazoniens (RIA) dar, ein Programm mit aktuell sieben Pilotprojekten, durch das mehr als 5 Mio ha Wald geschützt werden. Um diese Ansätze indigener Völker zu fördern, engagiert sich das Klima-Bündnis u.a. beim „World Summit on Climate and Territory“ (1./2. Juli 2015), der in Vorbereitung auf die Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmen-Konvention (UNFCCC) im Dezember 2015 in Paris stattfindet. Weiterhin werden Kooperationen zwischen Kommunen und indigenen Territorien unterstützt, wie beispielsweise die Förderung der Stadt Rostock für die Reserva Comunal Amakaeri in Peru.

Anknüpfend an die Einführungen von Thomas Brose zur Rolle indigener Völker und der Bedeutung ihrer Territorien und Wirtschaftsweise für den Wald- und Klimaschutz hob **Sabine Schielmann, Projektkoordinatorin des INFOE**, die zentrale Bedeutung der Anerkennung und Sicherung indigener Rechte hervor. Sie führte an, dass Studien und zahlreiche Fallbeispiele den deutlichen Zusammenhang zwischen der Anerkennung von Rechten und den Fähigkeiten und Möglichkeiten indigener und lokaler Gemeinschaften, ihre Wälder zu erhalten und diese nachhaltig zu nutzen, belegen. Dadurch sichern indigene Völker nicht nur ihre Lebensgrundlagen, sondern verringern gleichzeitig CO<sub>2</sub>-Emissionen. Indigene Vertreter/innen ebenso wie ihre Unterstützer/innen aus der Zivilgesellschaft plädieren deshalb für einen Menschenrechtsansatz im Wald- und Klimaschutz. Für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit hat das BMZ 2011 eine Menschenrechtsstrategie verabschiedet. In einer Studie hatte INFOE 2012 und 2013 Waldklimaschutzvorhaben dahingehend betrachtet, inwieweit die für indigene Völker relevanten Vorgaben in der Menschenrechtsstrategie bereits in die Praxis umgesetzt werden. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Bedeutung von Partizipation und den Rechten der Waldbewohner grundsätzlich anerkannt und bekräftigt wird, bei den meisten Projekten jedoch ein nachvollziehbarer und genuiner Menschenrechtsansatz und eine Beteiligung schon bei Projektkonzeption fehlen. Es wurden deshalb auch rechtsbasierte Ansätze und traditionelle Systeme der Waldbewirtschaftung im Hinblick auf ihr Potential für den Waldklimaschutz sowie die Gewährleistung indigener Rechte betrachtet und festgestellt, dass sie das Potential haben, Entwicklung, Naturschutz und Menschenrechte so zusammenführen zu können, dass positive Synergien und eine verbesserte Verwaltung natürlicher Ressourcen ermöglicht werden, welche den Erfolg von Wald- und Naturschutzmaßnahmen erhöhen. Im Rahmen der internationalen Klimaverhandlungen fanden Diskussionen zur Beachtung von Menschenrechten im Zusammenhang mit dem Klimawandel und dem Klimaschutz erst mit den Diskussionen zu REDD+ Eingang. Seit der Verabschiedung von sogenannten ‚safeguards‘ (Schutzklauseln) bei den Klimaverhandlungen 2010 im mexikanischen Cancún ist man jedoch bei der Umsetzung und Gewährleistung von Menschenrechten im Rahmen der Verhandlungen zum Klimaschutz und entsprechenden kaum weiter gekommen. Es ist zu befürchten, dass bei dem im Dezember zu verabschiedenden Protokoll von Paris, die Menschenrechte lediglich in der Präambel Erwähnung finden werden und die Rechte indigener Völker ganz hinten runter fallen.

Von eigenen Erfahrungen mit Menschenrechtsverletzungen in indigenen Gemeinschaften im Zusammenhang mit dem Klimaschutz konnte **Joseph Ole Simel, ein Massai Vertreter und Leiter der Mainyoto Pastoralist Integrated Development Organization (MPIDO)** aus Kenia, berichten. Er stellte zwei Projekte vor, die im Rahmen von Kenias Politik zum Ausbau von



Joseph Ole Simel,  
Foto: © 2015 Klima-Bündnis

erneuerbaren Energien und mit Hilfe finanzieller Förderung der Europäischen Investment Bank, der Weltbank und der Afrikanischen Entwicklungsbank umgesetzt werden. In der Zukunft werden derartige Projekte mit Mitteln aus dem Green Climate Fund finanziert, der, nachdem bis zur COP 20 in Lima Ende 2014 erste Gelder bereitgestellt wurden, nun beginnen kann Projekte zur Anpassung an den Klimawandel sowie zur Minderung in Entwicklungsländern zu finanzieren. Die von Herrn Ole Simel vorgestellten Beispiele sind das OLKARIA Geothermal-Wärmekraftwerk und das Turkana Windkraftwerk. In beiden Fällen wurden die indigenen Bewohner/innen der Gebiete, in denen die Kraftwerke errichtet wurden, von ihren Ländereien gewaltsam vertrieben und ihre Einrichtungen niedergebrannt. Die Kraftwerksbetreiber hatten sich die Ländereien illegal angeeignet. Dies konnte deshalb

passieren, weil die Landrechte der indigenen Gemeinschaften in Kenia nicht gesichert sind und die Geldgeberinstitutionen über keine oder unzureichende Menschenrechtstandards verfügen. In beiden Fällen waren die indigenen Gemeinschaften gezwungen bis vor das Oberste Gericht in Kenia zu gehen, um ihre Rechte einzuklagen, was mit erheblichen Kosten und Schwierigkeiten für die Gemeinschaften verbunden ist. Es ist daher unabdingbar, dass alle Klimafonds über hohe Menschenrechtsstandards sowie entsprechende Überwachungsmechanismen verfügen. Afrikanische Länder gehören zu den am meisten Benachteiligten, wenn es sowohl um Klimawandel als auch um Schutzmaßnahmen geht. Indigene Völker in afrikanischen Ländern wiederum gehören zu denjenigen, die am stärksten betroffen sind und am wenigsten Möglichkeiten haben ihre Rechte einzufordern und sich zu schützen. Der permanente Konflikt um Land und Ressourcen und das zunehmende ‚Landgrabbing‘, das auch im Namen des Klimaschutzes gerade in afrikanischen Ländern voranschreitet, sind noch nicht ausreichend im Blickfeld der internationalen Gemeinschaft angekommen. Dies muss sich ändern und auch Herr Ole Simel fordert einen Menschenrechtsansatz beim Klimaschutz und für den Green Climate Fund (GCF).

Im Anschluss an die Präsentation von Herrn Ole Simel bestand die Möglichkeit für Fragen an ihn. Hier wurde nach dem Sinn und dem Schutzpotential von ‚safeguards‘ bzw. Schutzklauseln gefragt. Herr Ole Simel wies darauf hin, dass Fonds zur Finanzierung von Klimaschutzprojekten grundsätzlich über sehr niedrige Menschenrechtsstandards verfügen und der GCF bisher keine ausgearbeiteten Schutzklauseln hat. Darüber hinaus kritisieren indigene Vertreter/innen das fehlende Mitspracherecht indigener Völker beim GCF sowie den bisher fehlenden direkten Zugang zu Mitteln aus dem Fonds für indigene Organisationen oder Gemeinschaften. Deutschland als einer der größten Geldgeber des GCF ist hier auch in der Verantwortung hohe Menschenrechtsstandards einzufordern. In Bezug auf die Situation in Afrika fügte er an, dass die Afrikanische Entwicklungsbank überhaupt keinen Menschenrechtsansatz hat und die Angst besteht, dass mit Einrichtung des GCF als dem ‚Klima-Dach-Fonds‘ in dem die Gelder aus anderen Quellen zusammenfließen auch immer mehr Projekte über die Afrikanische Entwicklungsbank finanziert werden. Deshalb müssen alle sogenannten ‚Grünen Fonds‘ Menschenrechtsklauseln beinhalten und die Rechte indigener Völker respektieren.

Nach einer Kaffeepause präsentierte **Uwe Schölmerich, Leiter des Regionalforstamts Rhein-Sieg-Erft**, Erfahrungen, Strategien, Schwerpunkte und Herausforderungen im Waldschutz in Zeiten des Klimawandels im urbanen Umfeld des Rhein-Sieg-Kreis in Nordrhein-Westfalen. Herr Schölmerich führte zunächst an, dass es in der Forstwirtschaft weniger um Wald als um Menschen geht und wie sie mit dem Wald umgehen. Er legte dann einige Daten vor zum CO<sub>2</sub> Senkenwirkung des Waldes sowie der Emissionsvermeidung durch die Formen der Holznutzung. Er nannte dann Maßnahmen zur Steigerung der Klimaschutzleistung in NRW, darunter die Erhöhung der Waldfläche, ein Klimaschutzorientiertes Waldmanagement, die Mobilisierung Nutzungsreserven (wenige in NRW), Kaskadennutzung (klimamäßig ideale Nutzung) und effizientere energetische Nutzung.



Uwe Schölmerich  
Foto: © 2015 by Klima-Bündnis

Um ein Verständnis von der aktuellen Situation und ihren Herausforderungen zu bekommen, führte Herr Schölmerich den Blick der Teilnehmenden kurz in die Geschichte und zeigte auf, wie sich verändernde Bedürfnisse auf den Umgang mit und die Nutzung des Waldes auswirkten. So hat beispielsweise nach dem Zweiten Weltkrieg eine Aufforstung mit schnell wachsenden Fichten stattgefunden, die in der heutigen Lage nicht mehr angebracht ist und zu labilen Reinbeständen geführt. Die Tendenz und Lösung heute liegt im sogenannten Dauerwald, was mehr bedeutet, als ‚dauernd Wald‘. Dauerwald bezeichnet vielmehr ein „dauerhaftes, vielgestaltiges und dynamisches Ökosystem“ und ist ein entscheidender Bestandteil von nachhaltiger Waldwirtschaft. Der intakte Dauerwald ist multifunktional, denn er erfüllt sowohl die Rohstofffunktion des Waldes, d.h. Arbeitsplätze in der Holzwirtschaft, als auch die Anforderungen an den Wald als Erholungsraum und zum Schutz der Biodiversität. Weitere Merkmale einer nachhaltigen Waldwirtschaft sind Bodenschutz, ein angemessenes Wald-Wild-Verhältnis, angepasste Technik bei der Holznutzung, Raum für die Entwicklung von Wildnis sowie Alt- und Totholz. Herr Schölmerich hob hervor, dass die Anforderungen an den Wald als Erholungsraum im Vergleich zu früher deutlich gestiegen sind und sieht in dieser Form der Waldnutzung mit den aktuellen Tendenzen zur Übernutzung die größte Bedrohung für den Schutz des Waldes.



Uwe Schölmerich, Thomas Fatheuer und Thomas Brose, Foto: © 2015 by Klima-Bündnis

Anschließend fand eine **Diskussionsrunde mit Thomas Brose und Uwe Schölmerich** statt, die von **Thomas Fatheuer** moderiert wurde. An Thomas Brose wurde die Frage gerichtet, ob wir hier wirklich etwas von indigenen Völkern in Sachen Waldschutz lernen können. Thomas Brose macht deutlich, dass in Amazonien viel stärker der Aspekt der existenziellen Nutzung, welche die kulturelle und religiöse Nutzung einschließt, im Vordergrund steht als hier in Deutschland. Daher sind Basis und Motivation für die Nutzung und den Schutz des Waldes anders wie hier, zumal diejenigen, die hier mit dem Schutz und/oder der Nutzung des

Waldes beauftragt sind, bezahlt werden. Bei indigenen Gemeinschaften findet man viel häufiger Schutzmaßnahmen die den Glaubensvorstellungen entspringen, die wiederum unmittelbar mit dem Wald oder Teilen desselben verbunden sind. Herr Schölmerich wurde gefragt, ob es denn in Deutschland auch ‚Heilige Wälder‘ gäbe. Ihm seien keine solchen heiligen Wälder bekannt, zumindest nicht als gesetzlich geschützte Gebiete. Von einem indigenen Vertreter wurde er gefragt, ob es denn hier eine Nutzung von medizinischen Pflanzen in Wäldern gäbe und wie es mit der Aufforstung mit nicht einheimischen Baumarten stehe. Herr Schölmerich meinte, dass es keine

Nutzung von medizinischen Pflanzen in der Forstwirtschaft gäbe. Bei der Aufforstung liegt der Schwerpunkt auf einheimischen Arten, jedoch werden begrenzt auch nicht einheimische Arten, wie beispielsweise Douglasien, aufgeforstet. Abschließend wurde Herr Schölmerich noch gefragt, wie es denn sein kann, dass in einem Schutzgebiet in NRW 14ha Wald der Ausweitung eines Vergnügungsparks zum Opfer fallen sollen, was durch Aufforstung anderenorts im Sinne eines Biodiversitäts-Offsetting ausgeglichen werden soll, wo doch die Waldflächen in NRW sowieso bereits begrenzt und degradiert sind? Wie steht es denn da mit den Zielen der Nachhaltigkeit und dem Schutz des Waldes und der Biodiversität? Herr Schölmerich bezeichnete die mögliche Ausdehnung der Vergnügungsparkfläche um 14 Hektar als einen „herben Verlust“, den die Landesregierung unter verschiedenen Gesichtspunkten genau abwägen müsse.

Nach dieser spannenden Diskussion begaben sich die Teilnehmenden in die Mittagspause. Nach der Mittagspause standen die Beiträge und Erfahrungen drei weiterer internationaler Gäste auf dem Programm. Der erste dieser Beiträge kam von Frau **Josien Aloema Tokoe, einer indigenen Vertreterin der Kalina aus Surinam und der Koordinatorin der COICA für Frauen- und Familienfragen**. Sie ist außerdem ein aktives Mitglied der Organisation Indigener Völker Surinams (OIS), einer Mitgliedsorganisation der COICA, deren Ziel die Förderung der sozialen, kulturellen und ökonomischen Entwicklung und die Verbesserung der Situation der indigenen Völker Surinams ist. *„In Surinam leben vier indigene Völker und sechs Maroon-Gemeinschaften (die Nachfahren entlaufener Sklaven, die sich im Tropenwald niedergelassen haben), die zusammen ca. 13-15 Prozent der Gesamtbevölkerung Surinams ausmachen. Sie bewohnen den Wald noch relativ im Einklang mit der Natur und nehmen vielerorts eine Funktion als "Hüter des Waldes" ein.“* (Quelle: Webseite OroVerde: <http://www.regenwald-schuetzen.org/projekte-international/abgeschlossene-projekte/surinam.html>).



Josien Aloema Tokoe  
Foto: © 2015 by Schattenblick

Frau Tokoes Beitrag hatte den Titel „Hidden violations“, denn die Menschenrechtsverletzungen an indigenen Völkern in Surinam gehen weitgehend unbeachtet vonstatten. Es handelt sich jedoch um fundamentale Verletzungen insbesondere der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Rechte, die in erster Linie mit der Ausweisung und Verwaltung von Nationalparks und Schutzgebieten sowie mit Bergbauprojekten einhergehen. Indigenen Gemeinschaften wird der Zugang zu Schutzgebieten und die traditionelle nachhaltige Nutzung von natürlichen Ressourcen verwehrt. Dies bedroht ihre Lebensgrundlagen und Lebensweise, sowie ihre wirtschaftliche Entwicklung. Surinam erkennt indigene Völker nicht als besondere Rechtsträger an und hat die ILO-

Konvention 169 nicht unterzeichnet. So landen Familienoberhäupter schnell im Gefängnis, wenn sie zur Sicherung der Ernährung ihrer Familien, die ohne ihre Beteiligung erstellten Regeln der Naturparks missachten mussten. Frau Tokoe hob hervor, dass die indigenen Gemeinschaften in Surinam wie auch sonst in Amazonien ihren Beitrag zum Erhalt der natürlichen Ressourcen und zum Wald- und Klimaschutz nur weiter leisten können, wenn ihnen Rechte auf Selbstbestimmung, auf die Bestimmung ihrer eigenen Prioritäten von Entwicklung und Zugang zu Land und Ressourcen gewährt werden. Mit capacity-building Maßnahmen und kleinen Projekten versucht sie in ihrer Arbeit die Organisation und wirtschaftliche Situation der Frauen zu verbessern. Als größeres Projekt sieht sie den Amazon Market vor, der die Distribution nachhaltig, auf der Grundlage traditioneller Wirtschaft und natürlicher Ressourcen erwirtschafteter Produkte der indigenen Gemeinschaften, insbesondere auch der Frauen, als alternative und nachhaltige Einkommensquelle sichert. Damit soll auch zum Schutz des Waldes, in dem die indigenen

Gemeinschaften leben, beitragen werden. Weiterhin würde damit auch die Weitergabe von traditionellem Wissen an die jüngeren Generationen einhergehen, welche einen weiteren wichtigen Teil ihrer Arbeit darstellt. Die Initiative für die permanente Einrichtung eines solchen Amazon Market fußt auf bereits mehrfach erfolgreich durchgeführten Markt-Aktivitäten zum Nationalen Tag der Indigenen Völker in der Hauptstadt Paramaribo, welchen die indigenen Organisationen Surinams durchsetzen konnten. Die Nationalregierung hat diesbezüglich großes Interesse gezeigt und steht in Austausch mit den indigenen Verbänden auch zu weiteren wesentlichen Themen wie dem Schutz der Territorien, der indigener Rechte und dem Waldklimaschutz.



Sebastian Cárdenas  
Foto: © 2015 by Klima-Bündnis

Dem Beitrag von Frau Tokoe folgte ein weiterer Vortrag aus Südamerika. **Sebastián Cárdenas vom Centro de Planificación y Estudio Social (CEPLAES) aus Ekuador** berichtete über die Situation indigener Völker und des Waldschutzes in Ekuador und die Arbeit der NRO CEPLAES in diesem Kontext. Er legte dar, dass die Ausgangssituation in Ekuador im Vergleich zu Surinam oder auch anderen südamerikanischen Staaten eine andere ist, denn indigene Völker sind in Ekuador als „indigene Völker und Nationalitäten“ anerkannt, mit konstitutionell verankerten Rechten, einschließlich kollektiver Rechte. Außerdem ist in Ekuador auch die Natur ein Rechtssubjekt in der Verfassung. Weiterhin verfolgt Ekuador in Bezug auf REDD+ einen nationalen Ansatz, im Vergleich

zu subnationalen Ansätzen in anderen Ländern. Dies bedeutet, dass sämtliche Finanzierung zentral verwaltet wird und die nationale Regierung darüber entscheidet, welche Projekte gefördert werden und ebenso auch die Projektberichte schreibt. Hier gibt es also keine ‚Gewaltenteilung‘ und kein objektives Monitoring. Somit hat es in Ekuador einerseits rechtlich gesehen eine gute Ausgangsbasis andererseits fehlt es an Kohärenz in der Umsetzung und es kommt zu Zielkonflikten, weil wirtschaftliche Interessen häufig an erster Stelle stehen, vor ökologischen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen. In Bezug auf den Wald in Ekuador befinden sich 75% der natürlichen Wälder in indigenen Territorien und 40% der Fläche Ekuadors sind Schutzgebiete. In diesem Kontext findet die Arbeit von CEPLAES statt, deren Ansatz als rechtsbasiert bezeichnet werden kann. Die Anerkennung und volle Ausübung der Rechte und Pflichten der indigenen Völker, afro-ecuadorianischen und anderen Gemeinden, die von den Wäldern unmittelbar abhängen, stehen bei ihrem Ansatz an erster Stelle. Ihre Arbeit umfasst Bildungsarbeit, Capacity-Building und die Konsolidierung indigener Territorien durch die Stärkung von Erfahrungen im Waldschutz und Monitoring. Die Erkenntnisse aus der Arbeit von CEPLAES sind, dass für die Zusammenarbeit mit und Stärkung der Gemeinden und damit ihrer Möglichkeiten für den Waldschutz die gemeinsame Erarbeitung von Wissen; die Stärkung der Rechte von Frauen; Werkzeuge, die von der Basis aus gestaltet werden; die Rolle neuer Leiter; und Rechte in jeder Initiative, nicht nur bei REDD+ oder Waldschutzmaßnahmen entscheidende Elemente sind. Dies

bedeutet beispielsweise, dass Dokumente von den Gemeinden selbst erarbeitet werden und dass man mit jeder Gemeinde ein eigenes Waldkonzept erstellt.



René Ngongo, Foto: © 2015 by Klima-Bündnis

Der dritte indigene Gast schließlich, **René Ngongo**, kam aus der **Demokratischen Republik Kongo (DRK)**. Er arbeitet mit der kongolesischen NRO **OCEAN (Organisation Congolais des Ecologistes et Amis de la Nature)** zusammen. René Ngongo berichtete eindrücklich von der Abholzung in DRK und wie die indigenen Gemeinschaften davon betroffen sind. Illegaler

Holzeinschlag und Holzhandel, zunehmende Abholzung zur Schaffung von Palmölplantagen sowie Bergbau sind für großmaßstäbliche Abholzung verantwortlich, was neben den verheerenden ökologischen Folgen den Verlust ihrer Lebensgrundlagen für viele indigene Waldbewohner/innen in DRK bedeutet. Andererseits werden die indigenen Gemeinschaften mit ihrer kleinmaßstäblichen Subsistenzwirtschaft, bei der Feuerholz gesammelt und auch kleine Flächen im Wanderfeldbau gerodet werden, für Abholzung und Klimawandel verantwortlich gemacht. Die indigenen Gemeinschaften haben keine gesetzlich verankerten Rechte auf Land und Wald und den Zugang zu Ressourcen und der Großteil des Waldes ist in Staatshand und wird mittels Konzessionen an Holz- und Bergbaufirmen vergeben. Um über diese Missstände und die rechtliche Situation zu informieren sowie dem Bild der klimaschädlichen Subsistenzwirtschaft etwas entgegen zu setzen und den wahren Treibern von Entwaldung auf den Grund zu gehen, hat die englische NGO Forest Peoples Programme mit ihren kongolesischen Partnern eine Studie durchgeführt, die in Kürze publiziert wird. Die Studie zählt mehrere Treiber von Entwaldung auf, die schwerwiegende Auswirkungen auf die indigenen Völker haben, darunter den illegalen Holzeinschlag, groß angelegte Landwirtschaft, Produktion von Brennholz für den Hausgebrauch oder für Marketing sowie die wachsende Nachfrage nach Holz und Mineralien auf dem internationalen Markt. Die DRK ist auch im REDD+ Prozess engagiert. Dieser Prozess wird als eine Gelegenheit gesehen, die Landrechte der indigenen Gemeinden zu sichern, da u. a. mit Mitteln aus dem Forest Investment Program (FIP), Aktivitäten zum Schutz der Landrechte der Gemeinschaften durchgeführt werden. REDD+ birgt jedoch das Risiko falsche Lösungen zu fördern, da von den ‚falschen Treibern‘ von Entwaldung ausgegangen wird, denn auch im nationalen REDD+ Prozess wird nicht der illegale Holzeinschlag als Haupttreiber von Entwaldung gesehen, sondern der Wanderfeldbau der indigenen Gemeinschaften. Es ist also dringend notwendig dieses Bild zu revidieren und andererseits die Stärkung der Rechte der Gemeinschaften zu unterstützen.

Im Anschluss an die Beiträge fand eine von Thomas Brose moderierte **Gesprächsrunde** statt. Hier gab es noch einige Rückfragen an **René Ngongo** bevor **Thomas Fatheuer**, vom **KoBra-Netzwerk** und ehemaliger Leiter des Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Brasilien, gebeten wurde, über seine Erfahrungen aus Brasilien zu berichten. In Brasilien ist seit 2005 eine Verringerung der Entwaldungsrate zu verzeichnen. Dies kann nichts mit REDD+ zu tun haben, da dieser Mechanismus zu der Zeit noch nicht existierte. Vielmehr ist der Grund für die Verminderung von Entwaldung in den stärkeren Kontrollen der Vertriebswege für illegal geschlagenes Holz zu sehen. So wurde insbesondere auf der Ebene der Munizipien die Kontrolle verstärkt. Der Bundesstaat Acre wird im Zusammenhang mit der Verringerung von Entwaldung international als Modell hingestellt und entsprechend auch von Deutschland über das Programm ‚REDD Early Mover (REM)‘ gefördert. Kritiker sehen die Entwicklungen in Acre im Hinblick auf die Rechte von indigenen und lokalen Gemeinschaften jedoch keineswegs als modellhaft. Thomas Fatheuer bezeichnet die Verknüpfungen der Diskussionen um REDD+ mit den Rechten indigener Völker als „Zwangsheirat“, die wieder aufgelöst werden muss. Stattdessen sollten wirklich die Rechte von Waldbewohner/innen gestärkt und die wahren Treiber von Entwaldung angegangen werden.



Gesprächsrunde mit (von links) René Ngongo, Thomas Fatheuer, Thomas Brose, Josien Aloema Tokoe und Jutta Kill. Foto: © 2015 Klima-Bündnis

**Jutta Kill vom World Rainforest Movement (WRM)** fragt, ob sich die Situation durch REDD+ sogar verschlimmert hat? Sie führte den Paradigmenwechsel an, der im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit und im Zusammenhang mit Waldschutz stattgefunden hat. Während es bisher Finanzierung gab, um Maßnahmen durchzuführen, heißt es nun ‚performance based payment‘. D.h. es wird gezahlt, wenn Maßnahmen durchgeführt wurden, sprich Bedrohungen für den Erhalt des Waldes, wie beispielsweise vermeintlich klimaschädliche Wirtschaftsweisen indigener und lokaler Waldbewohner/innen, beseitigt wurden. Das Geld und die Bereitschaft, in der Größenordnung, in der sie notwendig wären, um die wahren Treiber von Entwaldung anzugehen, sind jedoch nicht da. Damit liegt der gefährliche Schluss nahe, dass mit dem wenigen vorhandenen Geld nur den Waldbäuer/innen ihre Rechte und ihr Wald weggenommen werden soll, um die angenommene Bedrohung durch Wanderfeldbau zu beseitigen, damit REDD+ als Lösung angebracht werden kann. Im Rahmen ihrer Recherche für das WRM hatte Jutta Kill 25 REDD-Projekte analysiert hat, um darin nach irgendetwas Positivem zu REDD+ zu suchen und bis heute nichts gefunden. Andererseits werden bei all den betrachteten Projekten die Wirtschaftsweisen der lokalen und indigenen Waldbewohner/innen als klima- und waldschädlich verurteilt. Wenn es um REDD+ Projekte geht, so befinden sich die Projektbetreiber in einer scheinbar nie endenden Phase von Pilotprojekten, denn in einer Pilotphase braucht man keine Verantwortung zu übernehmen. Eine weitere Gefahr dieses Paradigmenwechsels besteht darin, dass er quasi indirekt dazu auffordert, einen Bedrohungszustand für den Wald herzustellen, um überhaupt Gelder beantragen zu können.

Die Teilnehmenden der Gesprächsrunde sowie auch die anderen Redner/innen und ein Großteil der Teilnehmenden kamen trotz ihrer unterschiedlichen Hintergründe, diversen Erfahrungen und in manchen Punkten divergierenden Positionen zu der gemeinsamen **Erkenntnis**, dass Wald- und Klimaschutz Hand in Hand gehen müssen und dass ein solch integrierter Waldklimaschutz von der Basis ausgehen und diese stärken muss. Sowohl in indigenen Gemeinschaften als auch in Kommunen in NRW sind es die Bürger/innen in ihrem täglichen Wirtschaften und ihrem Umgang mit dem Wald, die diesen erhalten. Deshalb muss jede Form des Waldschutzes an dieser Basis ansetzen und einerseits die Rechte derjenigen stärken, die unmittelbar für ihr Überleben vom Wald abhängen und andererseits hier wie dort die Fähigkeiten und Kenntnisse der lokalen Waldnutzer/innen dahingehend fördern, dass sie in einem umfassenden und holistischen Sinn, in die Lage versetzt werden, den Wald in ihren Gebieten langfristig nachhaltig zu nutzen. Hierfür müssen auch die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dazu gehören insbesondere die Sicherung von Landrechten und Zugang zu natürlichen Ressourcen sowie die Stärkung der eigenen gemeinschaftlichen Institutionen und Initiativen.

Zum Abschluss der Gesprächsrunde wurde ein kurzes **Video zur Beteiligung der indigenen Bevölkerung am REDD-Prozess in Surinam** gezeigt. In diesem Prozess berufen sich die indigenen Vertreter/innen auf die international verankerten Rechte indigener Völker und fordern deren Einhaltung durch die Regierung Surinams ein. Dies bedeutet u.a. eine Änderung der Verfassung. Auf der anderen Seite stellen die indigenen Vertreter/innen im Prozess ihre Alternativen dar und zeigen neue Wege des Waldklimaschutzes auf, der von den Gemeinschaften ausgeht und von diesen bereits praktiziert wird.

Bei Kaffee und Erfrischungen klang die Tagung mit informellen Gesprächen aus. Bei diesen Gesprächen wurden noch verschiedene Punkte für den weiteren Austausch und die Zusammenarbeit angesprochen, darunter die weitere Information und Sensibilisierung von Entscheidungsträgern in Deutschland, die am REDD+ Prozess beteiligt sind sowie die notwendige Unterstützung der indigenen Organisationen in ihren Bemühungen zum Schutz ihrer Rechte und ihres Waldes.